

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Kommunalpolitiker sollten nicht gegen den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz polemisieren, sondern alle Kräfte für seine Umsetzung mobilisieren, rät Nordrhein-Westfalens Gleichstellungsministerin **Ilse Ridder-Melchers**.

Seite 1

Für eine europäische und atlantische Ostpolitik und eine Öffnung der europäischen Türen für die mittelosteuropäischen Reformstaaten, spricht sich der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, **Hans-Ulrich Klose** aus.

Seite 2

Damit ostdeutsche Frauen nicht die Verliererinnen des Einigungsprozesses bleiben, sollten sie für die Gleichstellung kämpfen, empfiehlt **Angelika Barbe** MdB.

Seite 5

49. Jahrgang / 54

18. März 1994

Nicht polemisieren, sondern alle Kräfte mobilisieren
Verfassungsklage gegen den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz könnte zum Eigentor werden

Von Ilse Ridder-Melchers

Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel hält es für verfassungswidrig, die Gemeinden zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz zum 1.1.1996 zu verpflichten, und will deswegen vielleicht sogar nach Karlsruhe gehen.

Ich sehe diesen Vorstoß mit Gelassenheit: Er könnte sich zu einem Eigentor für den Oberbürgermeister auswachsen, wie wir Frauen es uns schöner nicht wünschen könnten. Mit dem Ruf nach dem Bundesverfassungsgericht kann man mir keine Angst machen, im Gegenteil. Das Gericht hat in den letzten Jahren die Position von Frauen mit zahlreichen Urteilen entscheidend gestärkt und den Gesetzgeber immer wieder mit der Nase auf Versäumnisse gestoßen.

Wenn sich das Gericht treu bleibt, dann müßte es auch beim Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz so verfahren. Die Richter und Richterinnen in Karlsruhe müßten sich nur selbst zitieren: "Der Schutz des ungeborenen Lebens, der Schutzauftrag für Ehe und Familie (Art. 6 GG) und die Gleichstellung von Mann und Frau in der Teilhabe am Arbeitsleben (vgl. Art. 3 Abs. 2 GG...) verpflichten den Staat und insbesondere den Gesetzgeber, Grundlagen dafür zu schaffen, daß Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit aufeinander abgestimmt werden können und die Wahrnehmung der familiären Erziehungsaufgaben nicht zu beruflichen Nachteilen führt. Dazu zählen auch rechtliche und tatsächliche Maßnahmen, die ein Nebeneinander von Erziehungs- und Erwerbstätigkeit für beide Eltern ebenso wie eine Rückkehr in eine Berufstätigkeit und einen beruflichen Aufstieg auch nach Zeiten der Kindererziehung ermöglichen. (...) Gleiches gilt für Regelungen, die auf eine Verbesserung der institutionellen oder familiären Kinderbetreuung zielen.die Bedeutung solcher Leistungen als Maßnahmen des präventiven Lebensschutzes hat der Gesetzgeber in Rechnung zu stellen, wenn es erforderlich wird, staatliche Leistungen im Hinblick auf knappe Mittel zu überprüfen." So das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Schwangeren- und Familienhilfegesetz vom 28. Mai 1993.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53097 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verleiher Ungep
zu werben in Kooperation
Zeyher-Paper



Mit anderen Worten: nicht der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ist verfassungswidrig, sondern alle staatlichen Ebenen, die die Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen allein von finanziellen Gesichtspunkten abhängig machen, würden verfassungswidrig handeln. Ob Herr Rommel sich das Schwarz auf Weiß vom Bundesverfassungsgericht bescheinigen lassen möchte?

Bei allem Verständnis für die Finanznöte der Kommunen: Kindergartenplätze sind kein überflüssiger Luxus für bessere Zeiten. Kindergartenplätze sind gerade im Jahr der Familie die Nagelprobe auf die Glaubwürdigkeit von Staat und Gesellschaft.

Überhaupt kein Verständnis habe ich aber für das Verhalten der Bundesregierung in dieser Frage. Der Rechtsanspruch ist in Bundesrat und Bundestag beschlossen worden unter der Voraussetzung, daß sich die Bundesregierung an seiner Finanzierung beteiligt. Doch aus Bonn kommt keine Mark, dafür werden einige Bundesministerinnen nicht müde, mit dem Finger auf Länder und Kommunen zu zeigen. Mit einer Strafsteuer für Kinderlose soll der Gebärfreude nachgeholfen werden, aber Kindergartenplätze für den Nachwuchs, die will die Bundesregierung nicht finanzieren! Wenn Herr Rommel schon über eine Klage nachdenkt, dann wäre hier ein Ansatzpunkt.

Ich begrüße es, daß die Ministerpräsidenten der Länder auf ihrer gestrigen Konferenz am Termin 1.1.1996 festgehalten und sich für eine Stichtagsregelung ausgesprochen haben. Das nimmt schon einigen Druck von den Trägern. Jetzt sind in allen Gemeinden Elternbefragungen und sorgfältige Bedarfspläne notwendig, um den Kommunen mehr Planungssicherheit zu geben. In vielen Kommunen wird die Erfüllung zum 1.1.1996 möglich sein. Der Rechtsanspruch bedeutet in der Praxis sicherlich nicht, daß tatsächlich 100 Prozent der Dreijährigen am 1.1.1996 vor den Toren der Kindergärten stehen werden.

Die Vertreter der Städte, allen voran der Stuttgarter Oberbürgermeister, sollten endlich aufhören, in der Öffentlichkeit gegen den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zu polemisieren und lieber alle Kräfte für seine Umsetzung mobilisieren.

(-/18. März 1994/hgs/fr)

Wie frei darf der Welthandel werden? **Plädoyer für eine europäische und atlantische Ostpolitik**

Von Hans-Ulrich Klose *
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

- Deutschland ist Teil Westeuropas, wir wollen es sein, nicht Osteuropa, nicht Mitteleuropa, nein, Westeuropa!
- Wir haben uns - unter Souveränitätsverzicht - eingebracht in westeuropäische und atlantische Systeme der Zusammenarbeit und der Sicherheit - EG/EU und NATO und WEU - und dabei soll es bleiben.

Vorrangig für deutsche Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik ist der Ausbau der Europäischen Union. Der Maastrichter Vertrag ist auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten ratifiziert worden. An seinen Integrationszielen hatten wir fest. Dabei übersehen wir nicht, daß die Europäische Union sich in einer schwierigen Phase befindet. Von Krise reden wir (noch) nicht. Vieles deutet aber darauf hin, daß der Integrationsansatz von Maastricht nur gerettet werden kann, wenn

- parallel zur Währungsunion die politische Union weiterentwickelt wird;
- Zielsetzungen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik realisiert werden;

- daß Institutionengefüge und die Entscheidungsprozesse der Kommission dieses Rates reformiert werden;
- daß Demokratiedefizite beseitigt, dabei insbesondere die Rechte des Europäischen Parlaments erweitert und eine zweite Kammer, die aus dem heutigen Ministerrat hervorgeht, konstituiert wird;
- und - last but not least - es gelingt, die Massenarbeitslosigkeit zu mildern und (längerfristig) zu beseitigen; wenn dies nicht gelingt, halte ich eine Schwächung der Europäischen Union durch ein Wiederaufleben nationaler Egoismen für eher wahrscheinlich.

Wer in Westeuropa eigene ökonomische Interessen zulasten anderer zu lösen versucht, spaltet die Gemeinschaft. Das muß jedes Mitglied wissen, vor allem wir, die Deutschen, und die Franzosen. Ich füge hinzu: An diesem Punkt insbesondere wird sich in Zukunft die Belastbarkeit der deutsch-französischen Beziehungen erweisen. Daß diese Beziehungen für die Entwicklung der Europäischen Union - gerade auch angesichts der Erweiterungsproblematik - zentral sind und bleiben - das soll an dieser Stelle einmal mehr betont werden; nicht zuletzt aus aktuellem Anlaß.

Europäische Gemeinschaft und Europäische Union - das war bisher Westeuropa. Das kann und wird so nicht bleiben. Die Mitteleuropäer klopfen an die Türen der Europäischen Union - Polen und Ungarn werden es schon sehr bald auch formell tun. Wir müssen die Türen öffnen und helfen, denn wir wissen: Der Erfolg der Reformpolitik, die Grundlegung stabiler demokratischer Gesellschaften in den postkommunistischen Staaten, an deren Stabilität wir existentiell interessiert sind, hängt entscheidend von den ökonomischen Transformationsprozessen ab und kann nur gelingen mit westlicher Hilfe. Der Westen steht vor der Alternative, Stabilität zu exportieren oder Instabilität zu importieren. Nach ersten Jahren unterschiedlicher Einschätzung und stark differierenden Engagements sollte der Westen, sollten wir uns auf die Notwendigkeit eines gemeinsamen strategischen Hilfskonzepts verständigen. Dringend gefragt ist eine europäische und atlantische Ostpolitik - eine "Partnerschaft für Entwicklung".

Angesichts der zunehmenden Entwicklungsdifferenzierung zwischen den Reformstaaten selbst, muß die westliche Seite angepaßte Angebote unterbreiten:

1. Das Integrationsangebot mit den entsprechenden abgestuften Maßnahmen zur Herstellung der Beitrittsfähigkeit zur Europäischen Union an die mitteleuropäischen Staaten, die als zentrales europapolitisches Ziel die Mitgliedschaft anstreben. Hier ist die Europäische Union gehalten, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die fortgeschrittenen Reformstaaten in schnellster Zeit auf den Beitrittsstand zu bringen. Neben den diversen finanziellen, technischen und administrativen Hilfsmaßnahmen, bedarf es dazu einer Öffnung des EU-Marktes für die Produkte der Reformstaaten. Daß dies für Westeuropa und für Deutschland mit ökonomischen und sozialen Problemen verbunden ist, wissen wir. Ich verweise auf die Situation in der Stahlindustrie. Als Gegenleistung sollten sich daher die mitteleuropäischen Staaten verpflichten, soziale und ökonomische Mindeststandards einzuführen, die ein arbeitsplatzgefährdendes Dumping auf dem EU-Markt verhindern.
2. Das Kooperationsangebot an die übrigen Reformstaaten, das Schlußfolgerungen aus den Fehlern der Vergangenheit zieht. Das Marktmodell ist nicht einfach unterschiedslos von heute auf morgen auf alle Reformstaaten übertragbar. Die konkrete Situation eines jeden Landes muß gesehen, der Umbau muß sozial flankiert werden, damit er nicht politisch außer Kontrolle gerät. Es geht also um die gezielte und koordinierte Ausrichtung westlicher Hilfe auf die spezifische Aufbau-situation eines jeden Reformlandes. Zu den vorrangigen Aufgaben zählen geeignete Maßnahmen zur Förderung von Investitionen und Unternehmensgründungen, die Umsetzung von Umweltmaßnahmen und Infrastrukturprogrammen, Hilfen beim Aufbau eines staatlichen Sozialsystems und eine Art Erfolgskontrolle für die Verwendung von Hilfen und Krediten.

Im Klartext europäischer Stabilisierungsmaßnahmen sind für Deutschland die Beziehungen zu Polen von besonderer Bedeutung. Wir können kein Interesse daran haben, auf Dauer östlicher Staat des Westens und Grenzland in einem sicherheitspolitisch und wirtschaftlich weiterhin geteilten Europa zu bleiben. Wir taugen nicht gut als Grenzland. Die Westintegration Polens und die vorrangige Pflege der deutsch-polnischen Beziehungen schaffen eine günstige strategische Konstellation für Europa: so wie der Schlüssel für eine erfolgreiche EU-Integration in der deutsch-französischen Freundschaft liegt, so liegt er für eine erfolgreiche Westintegration der mittelosteuropäischen Staaten in den deutsch-polnischen Beziehungen.

Vertiefung oder Erweiterung - der Streit über die künftige Entwicklung der Europäischen Union ist nur verbal durch kräftiges "Sowohl-als-auch" erledigt. Wir Sozialdemokraten sagen ja zur Erweiterung der Europäischen Union und fügen vorsichtshalber hinzu: Eine Mega-EG wollen wir nicht. Und wenn Erweiterung, dann nicht zulasten der Integrationsziele, wohlwissend, daß jede Erweiterung die Europäische Union verändert, die inneren, vor allem ökonomische Konflikte mehrt, die faktische Integration also schwerer macht. Gibt es einen Ausweg aus diesem Dilemma?

Das Europäische Parlament hat vorgeschlagen, ein "System konföderaler Zusammenarbeit in Europa" zu entwickeln. Es würde neben die bekannten Formen der Kooperation, wie Assoziation und europäischer Wirtschaftsraum treten. Im Kern handelte es sich dabei um, je nach Aufgabe beziehungsweise Politikfeld, wechselnde Staatenkoalition oder -verbände, die den Zweck hätten, der Bewältigung gemeinsamer Aufgabenstellungen in bestimmten gesamteuropäischen Problembereichen beziehungsweise in bestimmten Regionen (zum Beispiel Osten, Alpen) zu dienen. Über eine solche "Aufgabenkonföderation" schreibt Klaus Hänsch, stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament und unser Spitzenkandidat für die Europawahl: "Sie wäre 'konföderal', weil sie langfristig angelegt und institutionalisiert wäre und weil sie - soweit erforderlich - auch mit einer gemeinsamen Ausübung von Teilen der Hoheitsgewalt der Mitglieder einher gehen könnte. Die 'Aufgabenkonföderation' würde zwischen ihren jeweiligen Teilnehmern engere Verbindungen schaffen, als dies durch Zusammenarbeit in anderen internationalen Organisationen sonst der Fall ist. Sie könnte eine gesamteuropäische 'Géométrie variable' bilden, ohne daß der Zusammenhalt der Union beeinträchtigt würde. Das System wäre flexibel und könnte sich jederzeit für neue Aufgaben neu organisieren".

Wie gesagt: Es handelt sich um einen Vorschlag, der noch genauer durchdacht werden müßte. Wenn er realisiert würde, könnte dies dazu beitragen, daß beiträtswillige Länder, deren Beitritt sich hinzieht und möglicherweise niemals realisiert wird, gleichwohl in die europäischen Strukturen einbezogen würden. Wenn wir uns eine Mega-EG nicht vorstellen können, gleichwohl das Entstehen neuer Trennlinien vermeiden wollen, wäre dies ein Weg, um stabile Zusammenarbeit durch aufgabenorientierte Verflechtungen zu erreichen. Ich sehe (fast) nichts, was dagegen, und sehe viel, was dafür spricht, so zu verfahren...

Schlußbemerkung:

Stabilität und Erfolg bei der Steuerung internationaler Politik werden heutzutage vor allem auf wirtschaftlichem und nicht auf militärischem Gebiet entschieden. Wirtschaftspolitik wird damit zu einem wesentlichen Instrument der Krisenvorbeugung und zu einem integralen Bestandteil außenpolitischer Zielsetzungen.

Mehr noch als für andere Industriestaaten gilt das für Deutschland, weil wirtschaftliche Prosperität und gesellschaftlicher Wohlstand entscheidend von unserem Export abhängen. Mehr als ein Drittel unseres Bruttosozialproduktes erwirtschaften wir im Außenhandel. Mehr als 70 Prozent dieses Exports gehen in den europäischen Wirtschaftsraum, mehr als 60 Prozent in die OECD-Staaten. Daraus folgt ein vorrangiges deutsches Interesse, dieses "ordnungspolitisch kongeniale Umfeld" (Senkhaas) zu stabilisieren und zu erweitern. Europäische Integration, Multilateralismus und Weltoffenheit sowie Stärkung der Westorientierung unserer östlichen Nachbarn sind dafür die geeigneten Mittel. Es war

und ist für Deutschland von existentiellm Interesse, weltweit offene Märkte und freien Außenhandel zu bewahren oder herzustellen und Handelskonflikte und die Bildung protektionistischer Regionalblöcke zu verhindern.

Einer Regionalisierung des Welthandels widerspreche ich ausdrücklich. Ich weiß, daß es Entwicklungspolitiker gibt, die das anders sehen, die im Interesse vor allem der Entwicklungsländer eine Regionalisierung mit Schutzfunktion für die Länder der Dritten Welt befürworten. Ich habe Zweifel, ob das der richtige Weg ist. Das Beispiel der "vier Tiger" spricht eher dagegen.

Ich unterstreiche aber, daß wir die Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern des Südens intensivieren müssen, und zwar im eigenen Interesse. Armut und Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt, weltweite Ressourcenverschwendung und Zerstörung der natürlichen Umwelt haben längst globale Ausmaße erreicht. Das weltweite Ökosystem ist bedroht und mit ihm das Überleben der Menschheit. Fluchtbewegungen in der Größenordnung von Völkerwanderungen und Klimaveränderungen als gravierendste Folgen dieser Entwicklung wirken unmittelbar auf die soziale und politische Stabilität und die Lebensbedingungen der Menschen in den reichen Industriestaaten ein. Denn es ist doch so: In der "Weltisogengesellschaft" schlagen die globalen Fehlentwicklungen auch auf die Hauptverursacher zurück: auf die Industrieländer. Für sie ist daher nicht mehr "nur" eine Frage der Moral und kurzfristige Opportunität, ob sie sich um ein erträgliches Auskommen der Entwicklungsländer und um energische Ressourceneinsparungen und Emissionsreduzierungen bemühen - es geht letztlich um unser eigenes Überleben.

Deutschland ist ein führendes Industrieland, das durch seine Wirtschafts- und Lebensweise zur Verschärfung der globalen Problemlagen beiträgt. Deutsche Politik steht deshalb in der Verantwortung, einen nachhaltigen Beitrag zu leisten, um das Überleben der Menschheit in dieser einen Welt zu sichern. Am besten fangen wir damit bei uns an: durch Modernisierung der Wirtschaft, die ökologische Fragen nicht als Randfragen, sondern als Zentralpunkte der Modernisierung begreift. Dies so zu sehen und entsprechend zu handeln - das liegt zuerst in unserem Interesse. Es trägt bei zu einer sich selbst tragenden nachhaltigen Entwicklung in den Ländern des Südens, und es hilft bei der Bewahrung der natürlichen Umwelt.

(-/18. März 1994/hgs/fr)

* Auszüge aus einer Rede auf der SPD-Veranstaltung "Das Programm im Dialog" am 18. März 1994 im Hotel Scandic Crown in Bonn.

Frauen beginnen sich zu wehren

Ostdeutsche wollen nicht Verliererinnen des Einheitsprozesses sein

Von Angelika Barbe MdB

Die Situation der ostdeutschen Frauen auf dem Arbeitsmarkt vier Jahre nach den ersten freien Wahlen ist katastrophal - schnelles politisches Handeln ist nötig.

Den ostdeutschen Frauen sollte es nach den ersten freien Wahlen am 18. März 1990 in Zukunft wieder möglich sein, sich "ohne zu große Nachteile" für die Familienarbeit entscheiden zu können - so jedenfalls sagten es die Leitlinien des damaligen Ministeriums für Frauen und Familie.

War es tatsächlich das, was wir Frauen nach 40jähriger verordneter Gleichberechtigung wollten? 91 Prozent aller ostdeutscher Frauen waren erwerbstätig, davon hatten 87 Prozent eine abgeschlossene Berufsausbildung.

Wir DDR-Frauen hatten es 'geschafft' durch 'Vater Staat', der für uns sorgte. Dieser Mythos der formalen Gleichberechtigung hat sich in vielen Köpfen festgesetzt und die realen Benachteiligungen tabuisiert. Denn längst waren nicht die sozialen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern beseitigt worden. Die Sozialpolitik setzte einseitig auf die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufstätigkeit - statt auf Elternschaft und Beruf.

Frauen blieben sozial ungleich, ablesbar an der Zuständigkeit für die Familie und die Hausarbeit. In den Führungspositionen von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik waren die Männer dann fast unter sich - bis auf ein paar Alibifrauen, die als Aushängeschilder gebraucht wurden. Weibliche Professorinnen gab es nur fünf Prozent - wie im Westen auch.

Wir Frauen überließen den Männern die Macht und schafften es nach der Wende nicht, in die neuen Machtstrukturen vorzustoßen, um beispielsweise den Einigungsvertrag mitbeeinflussen zu können. Übrig blieb uns von all den unbestreitbar beeindruckenden Belegen für ehemalige Rechte nur der Satz: "Die Belange von Frauen und Behinderten sind zu berücksichtigen."

Vergessen wir nicht: Frauenarbeit als Berufstätigkeit war auch in der DDR 'mindere', schlechter bezahlte Arbeit. 1988 betrug das Durchschnitts-Nettoeinkommen der Männer 1.009 Mark und das der Frauen 762 Mark.

Die letzten Statistiken zeigen, es sind arbeitslos:

- 54,3 Prozent der Ostberlinerinnen
- 41,8 Prozent der Westberlinerinnen

Nach Auskunft des Arbeitslosenverbandes ist die Zahl der Arbeitslosen weitaus höher:

- manche melden sich nicht arbeitslos, aus Angst vor der Behörde,
- andere verzichten darauf, weil der Partner "zuviel" verdient und sie keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe hätten.

Die Chancen für Frauen, eine Arbeit zu finden, sind bei weitem geringer als bei Männern: Laut Untersuchung des Landesarbeitsamtes Berlin/Brandenburg hatten 50 Prozent der Männer, aber nur 30 Prozent der Frauen, nachdem sie arbeitslos geworden waren ein halbes Jahr später wieder Arbeit.

Laut Studie von Gerhard Engelbrech setzt sich nicht bei den Entlassungen, sondern bei den Einstellungen eine geschlechterspezifische Diskriminierung durch, denn die meisten Unternehmer bevorzugen Männer.

1. Frauen mit Kleinkindern sind besonders betroffen

- Kitaplätze in Westberlin sind rar
- die Kosten für die Kinderbetreuung, die Preise für Kleidung und Nahrung sowie Mieten steigen

2. Bei Stellenangeboten im Bürobereich werden entweder sehr junge Frauen ohne Kinder oder Frauen im Alter zwischen 35 und 45 bevorzugt.

3. Geringste Chancen bestehen für Frauen über 45 Jahren

4. Von den Älteren haben viele noch keinen Anspruch auf Altersübergangsgeld

5. Frauen werden unterhalb ihrer Qualifikation eingesetzt (besonders bei kaufmännischen Fach- oder Hochschulabschlüssen)
 6. Frauen mit gewerblich-technischen Abschlüssen und Berufserfahrungen werden von Arbeitgebern nicht berücksichtigt.
 7. Zunehmend machen Männer Frauen die Arbeitsplätze in ehemals weiblich beherrschten Bereichen streitig (Banken, Post, Versicherungen, Verkehrswesen)
- o Der durchschnittliche Bruttostundenlohn der Frauen in der Bundesrepublik liegt zwischen 70 und 75 Prozent des Stundenlohnes, den Männer bekommen.
 - o Mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Frauen (circa 60 Prozent) erzielte ein Nettoeinkommen unter 1.800 DM - also unter der Grenze der Existenzsicherung (problematisch auch im Hinblick auf eine eigenständige Rente im Alter).
 - o Frauen arbeiten überproportional häufig in schlecht bezahlten Berufen und Beschäftigungsverhältnissen unterhalb der Sozialversicherungsgrenze.
 - o "Frauen in der Bundesrepublik sind Arbeitnehmer zweiter Klasse". Zu diesem Ergebnis kommt Gunhild Gutschmid in der Frankfurter Rundschau am 12. März 1994 und sie ergänzt: "Frauenarbeit ist Billigarbeit - nach wie vor".

Bedrückend sind diese Untersuchungsergebnisse - trotz gestiegener Bildung, trotz geringer Kinderzahl, trotz sehr vieler alleinerziehender Frauen.

1,8 Millionen Frauen sind erwerbslos. In Ostdeutschland sind doppelt so viele Frauen wie Männer ohne festen Arbeitsplatz. Die Regierung betreibt eine beispiellose Umverteilung - zu Lasten von Frauen und Kindern. Und Männer weigern sich erfolgreich, ihren Anteil der Haus- und Familienarbeit zu erledigen. So läuft das für normal gehaltene Muster weiter ab: Der Familienernährer bekommt die feste gesicherte Vollarbeit, die Ehefrau das, was übrig bleibt.

In dieser Situation ist es grundfalsch, den Frust hinunterzuschlucken und sich nicht zu wehren. Gleichberechtigungsgesetze, Frauenförderpläne lassen sich nur durchsetzen, wenn Frauen auch für ihre Rechte streiten. In diesem Jahr finden Betriebsratswahlen statt. Allerdings kandidieren Frauen seltener als Männer, weil sie Angst vor der zusätzlichen Belastung haben. 30 Prozent der Betriebsräte und 20 Prozent der Betriebsratsvorsitzenden sind heute Frauen. Die Betriebsratswahlen sind besonders wichtig, damit die mühsam erworbenen Rechte nicht noch weiter abgebaut werden. Frauen brauchen die starke Lobby. Denn für die Mehrheit der Frauen ist der Beruf Lebensinhalt - wie eine Umfrage der Frauenzeitschrift "Freundin" belegt.

Politik kann keine "Männersache" mehr sein

In Berlin fordern die Frauensenatorin Christine Bergmann und ihre Staatssekretärin Helga Kothase eine gesetzlich geregelte Frauenförderung in der Wirtschaft angesichts der massiven Frauenverdrängung vom Arbeitsmarkt.

In Brandenburg kämpft Regine Hildebrandt gegen Walter Hirche, der wegen seiner Weigerung, die öffentliche Auftragsvergabe an die Frauenförderung zu koppeln, zum Macho des Jahres 1993 gekürt wurde.

Im Bundestag bemängelten Sachverständige die unverbindlichen Maßnahmen, die nicht ausreichenden Rechte für Frauenbeauftragte, die fehlende Beweislastumkehr zu Gunsten der diskriminierten Frauen im Regierungsentwurf zur Gleichberechtigung.

Die Sachverständigen begrüßten dagegen die Einbeziehung der Privatwirtschaft in die Frauenförderung nach dem SPD-Entwurf. Die qualifikationsbezogene Quote, wirksame Sanktionen und von Behörden/Betrieben festzulegende Zielvorgaben wurden befürwortet - ebenso die Gewährung öffentlicher Kredite und die Vergabe öffentlicher Aufträge bei gezielter Frauenförderung.

Eine Untersuchung aus Hamburg über Frauen in Führungspositionen ergab, daß nur 2,2 Prozent der Befragten Chefpositionen innehatten - bei gleicher Qualifikation wie die männlichen Kollegen und besserer Mobilität. Ursache dafür seien die mangelnde Unterstützung und Führung durch Vorgesetzte. Prof. Domsch verwies darauf, daß damit ungenutzte Ressourcen vergeudet würden.

Übrigens äußerten sich fünf Wirtschaftsverbände zur geplanten interfraktionellen Ergänzung des Artikel 3 Grundgesetz ablehnend, weil die geplante Frauenförderung "schädlich" sei und "die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gefährde".

Angesichts dieser Ignoranz wird langsam verständlich, warum die deutsche Wirtschaft im internationalen Wettbewerb unterlegen ist.

Frauen sind nach der Wende in Parteien, Gewerkschaften und Verbände eingetreten, haben sich engagiert - und das zusätzlich zu Beruf und Familie. Aber 'Mann' hat kaum eine stark werden lassen, hat sie entmutigt und damit symbolisch 'geköpft' (Alice Schwarzer). Das hält auch die stärkste Frau auf die Dauer nicht aus.

Frauen sollten sich allerdings nicht resigniert wieder entfernen, sondern im Gegenteil ein ernstzunehmender Faktor werden und sich zusammenschließen. Der Frauenprotest am 8. März hat landesweit Zeichen gesetzt.

Die strukturelle Benachteiligung von Frauen können wir Frauen nur überwinden, wenn wir die Machtfrage stellen und wie unsere Vorfahrinnen fordern: "Männern ihre Rechte und nichts mehr, Frauen ihre Rechte und nichts weniger!"

"Männer wollt ihr ewig allein regieren?" fragten 1993 die Schweizerinnen und handelten. Sie wählten systematisch Frauen (und damit weniger Männer).

Vor 75 Jahren - im Januar 1919 - durften Frauen in Deutschland das erste Mal wählen und sich wählen lassen. Immerhin sind heute in Deutschland 32,2 Millionen Frauen wahlberechtigt. Sie können die Wahl in diesem Jahr entscheiden und damit aus dem Schatten der Macht heraustreten. Politik wird noch immer für eine Männersache gehalten - danach ist sie dann ja auch. Damit muß Schluß sein!

Kämpfen wir für wirksame und einklagbare rechtliche Regelungen zur Gleichstellung, die uns nicht wieder gestrichen werden, für Frauenförderpläne, für Quoten bei der Ausbildung und Arbeitsplatzvergabe, für Kitaplätze und gegen die geringfügigen Beschäftigungen ohne soziale Absicherung. Kurz: Für die gerechte Bewertung und Verteilung von Arbeit.

"Dabei können Frauen auf die SPD zählen" (Rudolf Scharping)

(-/18. März 1994/hgs/fr)
